



Ausschuss für Kultur und Medien

11. Sitzung (öffentlich)

2. Mai 2013

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 15:50 Uhr

Vorsitz: Karl Schultheis (SPD)

Protokoll: Günter Labes

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- | | | |
|----------|---|-----------|
| 1 | Zwischenbilanz der Ruhrtriennale 2012 – 2014 | 5 |
| | Nach seinem Vortrag beantwortet Prof. Heiner Goebbels, Künstlerischer Leiter der Ruhrtriennale 2012 - 2014, Fragen aus den Reihen des Ausschusses. | |
| 2 | Stand der Einführung des Digitalradios im europäischen Kontext | 13 |
| | Dr. Willi Steul, Intendant des Deutschlandradios, erstattet einen Bericht über den Stand der Einführung des Digitalradios und beantwortet danach Fragen von Ausschussmitgliedern. | |
| 3 | GEMA-Tarife müssen bezahlbar bleiben | 22 |
| | Antrag der
Fraktion der CDU
Drucksache 16/1275 | |

Entschließungsantrag der
Fraktion der SPD und der
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/1561

Ausschussprotokoll 16/153 (Expertengespräch)
Stellungnahme 16/676

Der Ausschuss kommt überein, die beiden Anträge
Drucksache 16/1275 und 16/1561 heute nicht zu behandeln
und diese bei Bedarf wieder aufzurufen.

**4 Gesetz zur Änderung des Gesetzes zum Schutz und zur Pflege der
Denkmäler im Lande Nordrhein-Westfalen 23**

Gesetzentwurf der
Fraktion der SPD und der
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/2279

Der Ausschuss beschließt einstimmig, sich pflichtig an der
vom federführenden Ausschuss für Bauen, Wohnen,
Stadtentwicklung und Verkehr für den 6. Juni 2013 geplanten
Anhörung zu beteiligen.

5 Eckpunkte des Kulturfördergesetzes 24

Vorlage 16/808

Der Ausschuss verständigt sich auf Vorschlag des
Vorsitzenden wegen der fortgeschrittenen Zeit darauf, diesen
Tagesordnungspunkt in einer der nächsten Sitzungen zu
behandeln.

6 Neue Philharmonie Westfalen 25

Ministerin Ute Schäfer (MFKJKS) berichtet.

7 Konsultation zur Änderung des Landesmediengesetzes 27

Vorlagen 16/763 und 16/840

Aus der Diskussion

1 Zwischenbilanz der Ruhrtriennale 2012 – 2014

Vorsitzender Karl Schultheis begrüßt Prof. Heiner Goebbels, den Künstlerischen Leiter der Ruhrtriennale 2012 – 2014, der zugleich als Komponist und Professor am Institut für Angewandte Theaterwissenschaft der Justus-Liebig-Universität Gießen sowie als Präsident der Hessischen Theaterakademie wirke. Zudem habe Prof. Heiner Goebbels das Musiktheaterstück „When the mountain changed its clothing“ entwickelt und die Oper „Européras“ von John Cage für die Ruhrtriennale 2012 inszeniert. Am 17. April sei das Gesamtprogramm der Ruhrtriennale 2013 veröffentlicht worden.

Prof. Heiner Goebbels (Künstlerischer Leiter der Ruhrtriennale 2012 – 2014) trägt unter Einspielung von Bildern und Videos vor:

Ich habe mich über die große Chance gefreut, dieses Festival für drei Jahre leiten zu können. Dabei habe ich von Anfang an einige Grundlinien festgelegt. Einmal gab es eine thematische Öffnung, also den Verzicht auf ein Motto, zum anderen ist der Versuch unternommen worden, sich insbesondere von dem reichen Kulturangebot der Region Nordrhein-Westfalen zu unterscheiden. Es sollte bildende und darstellende Kunst im Zusammenhang mit den Industriedenkmalern präsentiert werden.

Das war nicht risikolos, weil ich sehr stark darauf gesetzt habe, nicht ans Repertoire zu denken, also keinen Shakespeare, keinen Verdi oder Wagner dorthin zu holen, sondern auf die Neugierde und Offenheit zu setzen, aber auch auf einen zeitgenössischen Kunstbegriff, der die Kunst nicht an einen bildungsbürgerlichen Vorsprung bindet. Wir haben also auch Werke gezeigt, die weniger textorientiert sind, die auch in ihrer Fremdheit direkt zugänglich sind.

Als ein Symbol dieses anderen Kunstbegriffes, der sozusagen auf Augenhöhe Kunst für alle propagiert, haben wir eine offizielle Festivaljury aus 70 Kindern aus der Region gegründet. Sie hieß Children's Choice Award. Die Kinder kamen jeden Abend auf einem roten Teppich in die Hallen und wurden von dem schon vollzählig anwesenden Publikum unter großem Beifall in die erste Reihe gebeten. Diese Kinder haben sich tatsächlich alle Aufführungen der Ruhrtriennale im letzten Jahr angeschaut. Darunter auch eine zweistündige Orff-Oper in Altgriechisch. Sie haben sich auch die fremden, unbekannteren Veranstaltungen angesehen. Die Kinder haben ihre Arbeit sehr gewissenhaft gemacht. Sie haben zum Beispiel auch die Ausstellung „12 Rooms“ gesehen, die wir im Museum Folkwang gezeigt haben. Darunter waren Arbeiten von renommierten zeitgenössischen Künstlern wie Santiago Sierra. Sierra hatte damals Kriegsveteranen von aktuellen militärischen Konflikten eingeladen und in einem Raum ausgestellt.

Anschließend gab es immer Gespräche der Kinder mit den Künstlern. Dabei wurden auch sehr kritische Rückfragen an die Künstler gestellt. Die Kinder hatten die Möglichkeit, mit Instrumenten etwa eines libanesischen Klangkünstlers, der eigene Musikinstrumente baut, Erfahrungen zu machen. Sie konnten auch in einer Videoinstallation von Michal Rovner stehen, die ich kuratiert hatte in der Mischanlage in der Zeche Zollverein Essen.

Hier ein ganz kurzer Blick in die Arbeit von Michal Rovner, weil sie in ganz besonderer Weise auf die Räumlichkeiten der Mischanlage reagiert. Die Wände und die Geschichte, die dieser eigentlich unmenschliche Raum hat, hat sie sozusagen bevölkert mit wandernden Gruppen von Menschen, von denen man nicht weiß, sind das Flüchtlinge, Ankommende oder Wandelnde. Das lässt sie offen. Das eröffnet der Vorstellungskraft der Zuschauer großen Spielraum. Darauf haben die Kinder reagiert. Sie haben ihre Erkenntnisse gesammelt und Urteile gefällt oder Preise verliehen für die Show, in der ich eingeschlafen bin, oder für die Show, aus der ich fast hinausgegangen wäre, weil ich sie so gehasst habe.

Die Kinder haben wir auch nicht eingeladen, damit sie unser Programm gut finden, sondern deshalb, damit sie selbst Kriterien zum Beispiel für die Preise entwickeln, aber auch für diese starke Kunsterfahrung, der sie ausgesetzt waren. Sie haben nämlich in diesen sechs Wochen mehr Kunst gesehen als viele Erwachsene in einem ganzen Jahr oder sogar in mehreren Jahren. Das heißt, es geht uns nicht um Affirmation, sondern es geht uns auch darum, dass die Kinder eine eigene Ästhetik entwickeln können. Es ging uns nicht darum, die Kinder wie in bestimmten Education-Programmen für ein Repertoire von Mozart oder von Verdi zu begeistern, sondern ihnen zu helfen, sich ihren eigenen Weg zu suchen. Wir werden an diesem Programm anknüpfen und es fortsetzen.

Wir haben versucht, sehr stark auf die Architektur der Räume einzugehen, um als eigenes künstlerisches Potenzial zu nutzen, was wir haben. Es sind Arbeiten, die man woanders nicht sehen kann, wie etwa die Arbeit von Romeo Castellucci in der Gebläsehalle in Duisburg. Er hat mit 150 Statisten aus der Region eine Art rituelle Taufe in einem großen Bassin veranstaltet. Es ist kein richtiges Theaterstück, hat keine lineare Handlung, war aber ein sehr berührendes Ritual, in dem auch sehr viele Leute aus der Region sozusagen als Mitwirkende vorgekommen sind. Für diejenigen, die es nicht gesehen haben: Irgendwann verweigert sich jemand dieser rituellen Taufe und zersticht diesen Pool, und 40.000 Liter Wasser ergießen sich in den Raum, was auch eine sehr starke Erfahrung war, die so schnell wahrscheinlich niemand derer, die es gesehen haben, vergessen wird.

Ich habe in der Jahrhunderthalle 1 in Bochum die Oper „Europeras“ von John Cage inszeniert, in der sozusagen viele hundert Opernfragmente vorkommen, eine Oper, die so gut wie nie inszeniert wird. Es kam in sehr starkem Umfang ein internationales Publikum. Alle sechs Vorstellungen waren schon viele Monate vorher ausverkauft.

Wir hatten im ersten Jahr ein Presseecho aus über 25 Ländern. Es kamen professionelle und andere Gäste aus vielen Ländern und allen Erdteilen. Das kommt hinzu zu der Resonanz, die überraschend positiv auf dieses Programm war. Wir

hatten eine tolle Auslastung. Für mich war der Aspekt wichtig, ob es möglich ist, ein Publikum zumindest einmal im Jahr für etwas zu begeistern, was sie noch gar nicht kennen.

Das Musiktheaterstück „When the mountain changed its clothing“, das ich mit Kindern aus Maribor gemacht habe, ist gerade auf Tournee. Es wird morgen in Brüssel gespielt, anschließend in Luxemburg und in Amsterdam, und es war schon in Paris und in Graz.

Wir haben mehrere Produktionen – das ist ein Novum in der Ruhrtriennale – anschließend auf Tournee geschickt. Die „12 Rooms“ waren gerade als „13 Rooms“ – es kam ein neuer Room hinzu – in Sidney zu sehen. Diese Ausstellung hatte dort 30.000 Zuschauer. Wir versuchen, dass die großen Anstrengungen, die wir hier unternehmen, etwas Originäres möglich zu machen, ein Weiterleben haben, wie die Arbeit der Mädels in dem folgenden Video. Das ist ein Chor aus Maribor von 40 Mädchen im Alter von 10 und 20 Jahren, mit dem ich gearbeitet habe.

In diesem Jahr haben wir einen Schwerpunkt in Richtung bildende Kunst ausgebaut. Das heißt, wir versuchen, dass der Zuschauer im Zentrum steht. Wenn ich gesagt habe, wir wollen die bildungsbürgerlichen Hürden nicht errichten, hat das auch etwas damit zu tun, dass wir uns bemühen, Formate neu zu erfinden, in denen der Zuschauer selbst Teil einer Installation wird, wie hier zum Beispiel in der Kraftzentrale, was im August zu sehen sein wird, „test pattern“ von Ikeda. Das ist eine neue Arbeit, eine 100 m lange Video- und Klanginstallation. Sie ist hochspannend für Jung und Alt. Ikeda arbeitet mit Barcodes aller möglichen digitalen Daten.

Im selben Raum wird es auch eine Arbeit geben, die „Stifters Dinge“ heißt. Das ist bei freiem Eintritt von mir eine Installation mit Bildern, mit Wasser, mit Nebel, mit Eis, mit Regen, mit Steinen. Es handelt sich also um eine analoge Arbeit im Unterschied zu Ikeda, aber auch um eine Einladung für jedermann, in diese Kraftzentrale zu kommen und dort Erfahrungen mit dieser „merkwürdigen Theatermaschine“ zu machen, in der aber niemand auftritt. Auftreten tun die Klaviere und ein Text von Adalbert Stifter und Musik und Wasser.

Als letztes zeige ich Ihnen noch einen Ausschnitt. Rimini Protokoll ist eine der prominentesten Gruppen, deren Mitglieder auch bei mir studiert haben. Rimini Protokoll arbeitet sehr viel mit Experten, nicht mit Schauspielern, eines bestimmten Themas. In diesem Jahr geht es um militärische Konflikte und Waffen und welche Biografien sozusagen auf die eine oder andere Weise durch Waffen geschrieben wurden. Dazu spiele ich Ihnen einen kurzen Trailer zum Abschluss vor, wo Sie sehen, was Rimini Protokoll in diesem Jahr bei der Ruhrtriennale zeigen wird. Sie haben ein Haus gebaut, das aus zehn Räumen besteht, nachgebaut aus Räumen aus zehn verschiedenen Ländern, und in dem jeder Zuschauer – Zuschauer können immer nur in Gruppen von 20 Leuten alle zwei Stunden hineingehen – sozusagen in die Rollen derjenigen schlüpft, deren Geschichten er hört und sieht. Hier sind Experten, deren Geschichten erzählt werden, ein Flüchtling, ein Parlamentsmitglied, ein Arzt usw. Ich hoffe, ich kann Sie damit neugierig machen auf eine ganz andere Möglichkeit, Theater eben nicht zu erleben als ein Abbild

von etwas, sondern als eine direkte Erfahrung, einzutauchen in eine Erfahrung, die man nicht einfach nur erzählt bekommen kann, sondern die man auch anfassen, die man begreifen und die man durchwandern kann.

(Trailer)

Der Zuschauer nimmt die Position und Haltung derjenigen ein, deren Geschichte er hört und sieht auf einem iPad. Er kann dadurch sozusagen von Russland bis Afrika bis zu einem Schweizer Maschinenbauer, der Waffen baut, oder bis zu einer russische Kantinenwirtin, die in einer Waffenfabrik arbeitet, diese Geschichten nachempfinden, nacherzählen, er kann für einige Minuten zu einem Drohnenpilot werden.

Wir zeigen diese Arbeit drei Wochen lang, jeden Tag, viele Male. Dieses Haus wird in der Turbinenhalle der Jahrhunderthalle Bochum aufgebaut. Es ist eine Koproduktion mit vielen anderen. Wir zeigen die Premiere. Wir haben das möglich gemacht, aber wir haben sehr viele Partner gefunden, die das Stück anschließend auch in Australien und in ganz Europa zeigen.

Die Arbeit heißt „Situation Rooms“ nach dem berühmten Situation Room im Weißen Haus, in dem politische Entscheidungen gefällt werden. Hier werden sozusagen die politischen Erfahrungen ausgetauscht und nacherlebbar. Das als Beispiel für die Suche nach neuen Formaten, die wir betreiben, um Theater näher zu bringen und nicht nur auf einer entfernten Bühne stattfinden zu lassen. Wir haben auch Gruppen wie Massive Attack, die mit einem neuen Konzertformat kommen.

Ich war sehr beeindruckt und überrascht von dem großen Echo, das wir im ersten Jahr hatten. Der Vorverkauf in diesem Jahr zeigt jetzt schon, dass es wohl in diesem Jahr nicht enttäuschender verlaufen wird.

Prof. Dr. Thomas Sternberg (CDU) dankt für das Überspringen der Genregrenzen, gerade beim musikalischen Programm und betont, das wirke aufregend und bildend im besten Sinne. Bei der Ruhrtriennale lerne und erfahre man etwas über Veränderungen in der Kultur. Bezüglich der bildungsbürgerlichen Hürden, die Prof. Goebbels nicht aufzubauen beabsichtige, meine er, bei „Europeras“ drehe es sich nicht um ein Stück, das ansetze bei dem Rezeptionshorizont eines Menschen, der noch nie eine Oper gehört habe. Diese Oper von John Cage richte sich für ihn an jemanden, der eigentlich alles kenne. Zu „Europeras“ habe er hinterher mit einigen Mitgliedern der Kinderjury gesprochen. Diese Kinder seien erstmals in einer Oper gewesen und hätten ihm gesagt, sie würden sich nie wieder eine Oper ansehen. Er habe diesen empfohlen, sich einmal die „Entführung aus dem Serail“ anzusehen, weil sie bei dieser Oper die Musik und Texte verstehen könnten und darin eine Geschichte erzählt werde. Kinderpädagogische Programme halte er für außerordentlich wichtig, aber „Europeras“ erscheine ihm für den erstmaligen Zugang zur Oper als fragwürdig.

Prof. Heiner Goebbels antwortet, er müsse Herrn Dr. Sternberg widersprechen, weil dieser das Prinzip dieser Oper nicht habe annehmen können, da er viel zu viel von Oper verstehe. Die Leute, die aus der bildenden Kunst kämen, hätten den Abend als

großartig empfunden. Hingegen hätten die Besucher, die zu viele Opern gekannt hätten, unter dem Druck gestanden, sozusagen ständig etwas erkennen oder wiedererkennen zu müssen. Die Kinder seien von dieser Vorstellung natürlich erst einmal „erschlagen“ gewesen. Witzigerweise hätten sie aber dieser Oper den Preis für das beste Drama gegeben, weil sie die Aufführung in einem sehr modernen Sinn von Drama dramatisch empfunden hätten. Cage habe auf keinen Fall gewollt, dass man in der Vorstellung sitze und Opern erkenne. Opern hätten Cage gar nicht interessiert, sondern dieser meine, seit 300 Jahren schicke Europa nach Amerika Opern. Er schicke diese zurück, indem er daraus ein Geflecht gebaut habe, das eher wie eine Landschaft am Betrachter und Zuhörer vorüberziehe. Diese Entspanntheit, in der Landschaft das zu entdecken, was einem gefalle, müsse man erst einmal aufbringen. Das erscheine besonders schwierig, wenn man den gesamten Fundus der Operngeschichte kenne.

Thomas Nüchel (FDP) gibt als Eindruck der John-Cage-Oper wieder, diese hätten die Besucher gut gefunden, die alle Opern gekannt hätten oder die, denen gar keine bekannt gewesen sei.

Ihm gefalle, dass bei der Ruhrtriennale die Zuschauer und Besucher bei der Suche nach neuen Formaten mitgenommen würden. Damit setze sich Prof. Goebbels von seinen Vorgängern ab. Ihn interessiere aber die Resonanz, weil er vermute, dass einige der „klassischen Besucher“ gern ein eher breiter gefächertes Programm unter Einschluss von Klassikern sehen würden, wie das unter Mortier gelaufen sei.

Prof. Goebbels habe durch die Ruhrtriennale und seine Äußerungen etwa bei der Ruhr-Kulturkonferenz, wo er den üblichen Spielbetrieb kritisiert habe, vermutlich bei einigen Intendanten im Ruhrgebiet die Alarmglocke läuten lassen. Dazu erfähre er gern, ob es in diesem Zusammenhang Reaktionen anderer Intendanten gegeben habe.

Weiter bitte er um Auskunft, ob die Ruhrtriennale und die Häuser im Ruhrgebiet sich bezüglich der Spielzeit austauschten bzw. gegenseitig Rücksicht nähmen, weil es vor einigen Jahren bei den Intendanten im Ruhrgebiet Verärgerung wegen der Spielzeit der Ruhrtriennale gegeben habe.

Oliver Keymis (GRÜNE) begrüßt, dass einem bei der Ruhrtriennale etwas geboten werde, was man sonst nicht zu sehen bekomme. Da die Ruhrtriennale etwas ganz anderes anbiete, als die regionalen Angebote vorhielten, dürfte es möglich sein, das in dieser Konzentration in dieser Zeit zu zeigen. Ihn beeindrucke die Ruhrtriennale deshalb, weil die Debatte darüber, ob für so etwas auch noch Geld ausgegeben werden müsse, politisch sofort dadurch erstickt werde, dass etwas gezeigt werde, was man sonst nie sehe. Die durch Prof. Goebbels herbeigeführte Entwicklung der Ruhrtriennale, die sich von der seiner Vorgänger unterscheide, schätze er sehr positiv ein. Es wäre gut, wenn es gelinge, Kinder und Jugendliche für solche Kultur zu begeistern, wenn auch möglicherweise verbunden mit einem ersten Frustrationserlebnis. Aber wenn die Kinder die John-Cage-Oper letztlich doch als ihr dramatischstes Erlebnis beurteilt hätten, wende sich das zum Positiven.

Er, Keymis, könne nur alle ermutigen, Veranstaltungen der Ruhrtriennale zu besuchen und sich von diesen inspirieren zu lassen.

Walburga Benninghaus (SPD) wertet es als besonders positiv, dass Prof. Goebbels mit großer Offenheit auf die Kinder und Jugendlichen zugehe, sodass man auch negative Botschaften zulassen könne. Somit existiere nicht der Druck zu vermitteln, Theater sei immer gut und wertvoll. Ansonsten könne überhaupt nur Positives über die Ruhrtriennale gesagt werden.

Lukas Lamla (PIRATEN) bekundet, Prof. Goebbels habe bei ihm Neugierde erzeugt, und bittet, etwas zum Hintergrund der Kinder in der Jury zu berichten.

Prof. Heiner Goebbels (Künstlerischer Leiter der Ruhrtriennale 2012 – 2014) antwortet, es gebe einen mehrere hundert Personen umfassenden Freundeskreis. Diese Mitglieder des Freundeskreises entrichteten einen kleinen Obolus, um sich vor dem offiziellen Vorverkauf Karten sichern zu können. Sie unterstützten auch einige Produktionen. Mit diesem Freundeskreis bestehe ein engerer Kontakt. Die Resonanz gerade im Freundeskreis sei sehr groß. Diese Menschen besäßen ein großes Selbstbewusstsein und sagten in Gesprächen auch, was ihnen nicht gefalle. Einer aus dem Freundeskreis habe etwa kritisiert, dass es keine Pausen mehr gebe. Nach kurzer Überlegung habe er, Goebbels, festgestellt, dass dies zutreffe. Er könne aber Künstlern wie Romeo Castellucci oder Anne Teresa de Keersmaeker, die morgens um fünf Uhr ein Tanzstück mit mittelalterlichem Gesang in der Jahrhunderthalle bei Sonnenaufgang zeige, nicht sagen, etwa nach einer Stunde eine Pause vorzusehen. Zu der Erfahrung, in etwas einzutauchen, gehöre auch, dafür vielleicht das Gefühl zu haben, zu lange in einer Veranstaltung zu sein, bis es in eine andere Form der Wahrnehmung umkippe. Er habe selbst die stärksten Erfahrungen an den Punkten gemacht, wo er dachte, die Aufführung höre überhaupt nicht auf, bis der Wahrnehmungsmodus sich umgeschaltet und er etwas entdeckt habe, was ihm verstellt gewesen sei, weil er vorher immer etwas habe verstehen wollen. Das sei für die bildende Kunst eigentlich eine Selbstverständlichkeit, wenn man nicht immer zum Audio-Guide greife. Übertrage man das auf das Theater, würde man etwas sehen oder entdecken, was einem nicht gezeigt werde. Das gelte es, selber zu entdecken, wofür einfach mehr Zeit gebraucht werde. Dafür müsse man entschleunigt werden.

In diesem Jahr habe die Ruhrtriennale den zweitbesten Vorverkauf beim Freundeskreis vor Beginn des offiziellen Vorverkaufs verzeichnet. Somit gebe es auch beim Stammpublikum eine sehr große Resonanz, worüber er sich sehr freue.

Zu seiner Kritik am Stadttheater, die er jetzt nicht ausführlich wiederholen wolle: Er sehe das nicht alternativ, sondern seine Aussage laute, das Stadttheater könne bestimmte Dinge und andere nicht. Platt gesagt, ein neues Auto werde auch nicht am Fließband erfunden. Ein Stadttheater stelle in gewisser Weise mit dem Druck, dem es ausgesetzt sei, jeden Abend ein anderes Stück zu zeigen und die Häuser voll zu haben und fünf- oder sechsmal in der Woche zu spielen, ein Fließband dar. Es spiele eben bekannte Stücke, selbst wenn sie etwas anders inszeniert würden. Um etwas

Neues zu erfinden, würden Instrumente wie die Ruhrtriennale gebraucht, die ein Labor sein könnten für etwas, was man ein oder zwei Jahre vorher schon einmal langsam ausprobieren müsse. So werde bei der Ruhrtriennale an den neuen Produktionen gearbeitet. Bei der Cage-Oper habe man ein Jahr vorher mit den ersten Proben angefangen. Auch für Beiträge in diesem Jahr habe man schon im letzten Jahr mit vielen Proben begonnen.

Natürlich ernte er Widerspruch von Intendanten, wenn er vorschläge, dass jedes Bundesland ein Haus umwandeln und aus dem Repertoirebetrieb befreien möge, weil keiner etwas hergeben wolle. Gleichzeitig litten aber alle Intendanten sehr unter dem Quotendruck, darunter, viele und immer mehr Produktionen herausbringen zu müssen und über immer weniger Zeit für die Vorbereitungen zu verfügen. Die Schauspieler hätten sieben bis zehn Rollen drauf und könnten nicht mehr so gut sein, als wenn sie sich einmal auf eine Rolle konzentrieren könnten. Unter diesem Druck, dass der „Lappen“ immer hochgehe, litten Intendanten stark. Einige Intendanten werteten das nicht negativ, wenn er, Goebbels, das einmal ausdrücke.

Hinsichtlich der Spielzeit befinde sich leider auch die Ruhrtriennale in der Klammer zwischen den Sommer- und den Herbstferien. Mit der Ruhrtriennale werde immer kurz vor Ende der Sommerferien gestartet. Ein viel früherer Start hätte keinen Sinn. Mit dem Beginn der Herbstferien ende die Ruhrtriennale. In diesem Jahr liege die Spielzeit später, weswegen bis zum 6. Oktober gespielt werde, was ihm unlieb sei. Im nächsten Jahr liege die Spielzeit früher, da laufe die Ruhrtriennale vom 15. August bis Ende September. Nach den Gesprächen mit Intendanten wisse er, wegen der Tatsache, dass die Ruhrtriennale den Theatern hinsichtlich einer bestimmten Ästhetik keine Konkurrenz mache und keine Koproduktionen mit Häusern in Hamburg, Wien oder Salzburg eingehen werde, worüber die Intendanten sich früher geärgert hätten, sei die Stimmung bei diesen nicht so konkurrenzbetont, wie das von außen vielleicht vermutet werde.

Die Ruhrtriennale nenne ihr Programm „No Education“, weil bewusst versucht werde, Programme zu haben, in denen die Kinder mit ihren eigenen Vorstellungen ernst genommen würden. Letztes Jahr seien die Kinder – in diesem Jahr werde es wieder so sein – aus bildungsfernen Schichten der Städte Gelsenkirchen, Bochum und Duisburg gekommen, die noch nie im Theater gewesen seien. Die Namen der Schulen habe er jetzt leider nicht parat. Es habe auch Kinder gegeben, die man gerne dabei gehabt hätte, die nicht gedurft hätten, weil Eltern ihre Tochter nicht abends mit dem Bus hätten abholen und ins Theater bringen lassen wollen. Aber die teilnehmenden Kinder hätten bei der Ruhrtriennale ein unglaubliches Selbstbewusstsein entwickelt. Diese hätten in sechs Wochen ganz viel erlebt und erfahren. Allerdings habe man sie nicht abgefragt. Die Ruhrtriennale wolle nicht evaluieren, um hinterher sagen zu können, die Kinder hätten dieses und jenes gelernt. Er sei sich aber sicher, dass die Kinder ganz viel mitgenommen hätten, ohne zu wissen, was es sei.

Ministerin Ute Schäfer (MFKJKS) dankt Prof. Goebbels für seine Intendanz und hebt hervor, die Ruhrtriennale habe in den vergangenen Jahren immer hervorragende Intendanten mit stets etwas anderer Ausrichtung gehabt. Diesmal gebe es eine

außergewöhnlich andere Ausrichtung, die zu einem noch stärker international geprägten Publikum geführt habe. Die Landesregierung erachte es als phantastisch, dass dieses Festival inzwischen einen solchen Stellenwert auf der internationalen Bühne erreicht habe. Unter der Intendanz von Prof. Goebbels seien auch die bildenden Künste einbezogen worden. Zudem habe es eine Ausweitung der Spielorte gegeben. Somit werde versucht, dieses Festival in der gesamten Region Ruhrgebiet zu verankern. Alle könnten sich auf die neue Spielzeit freuen, die hoffentlich viele Ausschussmitglieder besuchen würden.

Vorsitzender Karl Schultheis dankt im Namen des Ausschusses Herrn Prof. Goebbels für dessen Berichterstattung.

2 Stand der Einführung des Digitalradios im europäischen Kontext

Vorsitzender Karl Schultheis begrüßt Dr. Willi Steul, der seit dem 1. April 2009 Intendant des Deutschlandradios sei.

Dr. Willi Steul (Intendant des Deutschlandradios):

Dieses Thema erscheint mir immer dringlicher, und zwar nicht nur im Interesse des Deutschlandradios, sondern auch im Interesse des gesamten Rundfunks.

DAB – Digital Audio Broadcasting – ist die terrestrische digitale Verbreitung von Radio. Klassischerweise wird Radio heute über UKW verbreitet, gelegentlich noch über Mittelwelle und Langwelle; die Kurzwelle stirbt langsam aus. Daneben gibt es seit 1987 – übrigens in Deutschland erfunden – diesen digitalen Standard.

Bevor ich Intendant vom Deutschlandradio wurde, war ich Direktor und stellvertretender Intendant im SWR. Digitalradio gehörte nicht zu meinem direkten Aufgabenfeld. Ich war immer informiert darüber, aber ich musste mir keine eigenen Gedanken machen.

Als ich Intendant wurde, habe ich mich richtig systematisch, Woche für Woche, in ein anderes Dossier eingearbeitet, was so die Aufgabenstellung ist. Mir fiel beim Studium des Problems Digitalradio fast wie Schuppen von den Augen, dass auch ich wie viele andere das Thema unter dem falschen Blickwinkel betrachtet habe. Auch ich habe es wahrgenommen unter dem Blickwinkel der Techniker, denen wir nach meinem heutigen Urteil viel zu lange die Diskussion überlassen haben, dass es eine verbesserte stabile Verbreitung von Radio ist. Den Unterschied zwischen DAB und einer guten UKW-Verbreitung oder einer CD-Aufzeichnung können Techniker messen, Hunde hören, aber wir nicht mehr. Das heißt, der ganze Ansatz der neuen Technik als Verbesserung der Audiowahrnehmung ist läppisch.

Mir ist klar geworden, dass wir einen enormen wirtschafts- und industriepolitischen Aspekt der digitalen Verbreitung vernachlässigen. Sie haben von mir über einen E-Mail-Anhang eine Unterlage erhalten – ich habe noch gedruckte Ausgaben mitgebracht – mit einem groben Überblick über das Thema Digitalradio.

Ich bin fest davon überzeugt, Digitalradio ist die Zukunft des Radios. Es ist erheblich kostengünstiger. Deutschlandradio wendet zwischen 36 und 38 Millionen € – bei einem Budget von 200 Millionen € ist das der proportional höchste Anteil von allen Rundfunk- und Fernsehveranstaltern an der Verbreitung – für die Verbreitung seiner Programme auf. Würden wir lediglich im Internet-Streaming und DAB verbreiten, könnten wir dies auf etwa 13 bis 14 Millionen € senken. Ich wage gar nicht zu schätzen, was das für alle Rundfunkveranstalter bedeuten würde. Das ist also wesentlich kostengünstiger im Betrieb.

Es ist ökologischer, weil es nämlich einen deutlich geringeren Stromverbrauch hat als der Betrieb von klassischen Sendern. Und es eröffnet – das ist vielleicht sogar das Wesentliche – vielfältige Optionen. Digitalradio ist das Radio der Zukunft, und zwar in seiner Verbindung mit dem Internet.

Ich werde immer wieder darauf hingewiesen, die Zukunft des Radios sei das Internet. Das Internet kann es nicht sein. Ich erinnere nur am Rande an die aktuelle Diskussion um die Tarife der Telekom. Das Internet ist auch zu wertvoll, als es zum Verbreiten von Rundfunk oder auch flächendeckend von Fernsehen zu nutzen. Es kann immer nur ein Ersatz dafür sein. Das ist das eine Argument, warum das Internet nicht die Zukunft des Radios sein kann.

Ein wesentliches Argument in meinen Augen ist, dass es nicht sicher ist. Lettland ist das Land in Europa, das am weitesten mit dem E-Government ist. Russische Hacker haben vor etwas mehr als einem Jahr den ganzen Staat für zehn Tage lahmgelegt, weil sie ihnen nämlich in das absolut gesicherte System hineingegangen sind.

Digitalradio ist auch deshalb kostengünstiger und sicherer, weil man in die Verbreitung dieses auf terrestrischer digitaler Verbreitung beruhenden Systems nicht eindringen kann. Broadcast heißt, Sie senden von einem Sendemast, von einem Ausstrahler, und egal, wie viele Leute zuhören, sie können über diese eine Ausstrahlung zuhören. Das Internet ist immer eine Eins-zu-eins-Verbindung. Sie bauen eine Verbindung zwischen dem Sender und dem Empfänger eins zu eins auf. Eine Nutzung dieser Eins-zu-eins-Verbindung als Massencastphänomen verlangsamt das ganze Internet und ist im Grunde genommen nicht sinnvoll.

Ein weiteres Argument ist, dass es flächendeckend mit den dafür notwendigen Verbreitungsraten noch sehr lange nicht aufgebaut sein wird. Fahren Sie mit Ihrem Auto und einem Handy von Düsseldorf nach Köln oder Frankfurt – hier handelt es sich im Grunde um eine Primitivkommunikation mit wenig Datenbreite –, bricht Ihnen das Ganze fünf- oder sechsmal zusammen, und Sie müssen erneut wählen. Es gibt noch weitere wesentliche Argumente, warum das Internet nicht die Zukunft von Radio sein kann.

Ich möchte Sie besonders auf Folgendes aufmerksam machen: Es geht hier nicht allein um Rundfunk und auch nicht allein um den öffentlich-rechtlichen Rundfunk und nicht allein um Radioprogramme, ich sehe darin vielmehr wesentliche wirtschafts- und industriepolitische Komponenten. Ich gebe Ihnen ein Beispiel, was das für den kommerziellen Rundfunk heißen kann und was das heißen kann für die Industrie.

Der kommerzielle Rundfunk muss sich ausschließlich über Werbeeinnahmen refinanzieren. Das heißt, er platziert in seinem Radioprogramm Werbebotschaften. Das tut er bis zum Rande des Erträglichen. Irgendwann ertragen es die Hörer nicht mehr, wenn ein Programm zu viel Werbung enthält. Die Verbreitung über Digitalradio erlaubt ihnen, neben diesem Programm Informationen zusätzlich zu versenden, das heißt auch Werbeinformationen.

Es gibt eine, um es vorsichtig zu sagen, deutliche Zurückhaltung von privaten kommerziellen Programmveranstaltern, sich DAB anzuschließen. Das hat zwei Gründe. Der eine ist, wenn ich ausreichend UKW-Frequenzen für mein Sendegebiet habe, daraus auch meine Refinanzierung erhalte und hoffentlich schwarze Zahlen schreibe – der Geschäftsführer hat einen Drei- bis Fünf-Jahres-Vertrag;

der Veranstalter muss sich alle paar Jahre um eine neue Lizenz bemühen –, dann denke ich nicht in einem Horizont von zehn oder fünfzehn Jahren, selbst wenn am Ende eine sehr viel verbesserte Ausgangssituation für mein Geschäftsmodell steht.

Dasselbe gilt übrigens auch für den öffentlich-rechtlichen Bereich. Daher auch, vorsichtig gesagt, die zurückhaltende Herangehensweise unterschiedlicher Art der Kollegen aus der ARD-Familie. Der Bayerische Rundfunk war im Digitalradiobereich immer weit vorn und federführend, er hat es von Anfang an begleitet und gestützt. Mittlerweile ist der MDR als sehr aktiver Partner dazugekommen und auch der SWR. Der WDR beteiligt sich auch daran, aber deutlich zurückhaltender als andere. Auch hier gilt – ich kann mir die Situation und den Blickwinkel der Kollegen auch vorstellen –, wer ausreichend UKW-Frequenzen in seinem regionalen Sendegebiet hat, der hat kein Interesse an DAB.

Jetzt kommt etwas für den Bürger: Die Frequenzknappheit, die uns daran hindert, neue, auch experimentelle Innovationen im Rundfunk zu machen, hilft denjenigen, der über ausreichend Frequenzen verfügt. Aber Digitalradio macht ein Ende mit der Frequenzknappheit.

Hier gibt es natürlich ein ganz besonderes Eigeninteresse von Deutschlandradio. Wir sind ein Nachkömmling in der Landschaft der öffentlich-rechtlichen Sender und überhaupt des Rundfunks, gegründet 1994. Wir müssen das nehmen, was übrigbleibt, es sei denn, wir haben die Chance, wie zum Beispiel im vergangenen Jahr, den Zuschlag für eine BFBS-Frequenz von größerem Charme in Nordrhein-Westfalen zu bekommen. Wir bespielen mittlerweile – mein Vorgänger Prof. Elitz war hier sehr aktiv; das ist ein großes Verdienst von ihm – 327 Frequenzen. Es sind immer Inselchen, die nicht miteinander verbunden sind. Deshalb brauchen wir auch noch weiterhin die teure Mittelwelle. Allein mit der Entwicklung Digitalradio kann Deutschlandradio seinem Auftrag, seine drei Programme bundesweit zu verbreiten, nachkommen.

Die Entwicklung europaweit ist bemerkenswert. Es sieht so aus, als würde Dänemark – das wurde dort bereits vom Parlament beschlossen – wohl 2017 komplett aus der UKW-Verbreitung aussteigen. Norwegen – da gibt es einen Tendenzbeschluss – wird dies 2019 tun. In Schweden ist das Digitalradio in einem guten Schwung des Aufbaues. Es liegt auf der Hand, wenn die beiden Nachbarländer mit einem solchen Tempo vorangehen, dann wird auch Schweden, das nämlich eine ewig lange Grenze mit Norwegen hat, vorangehen. Sehen Sie sich also an, wie die Situation europaweit ist.

Ich war vor einem halben Jahr zu einem Termin mit dem französischen Serviceleister TDF, auch hervorgegangen aus der Post, einem der weltweit größten technischen Verbreiter von Rundfunk und Fernsehen. Die überspringen in Afrika und Asien, wo sie Aufträge haben, sogar die UKW-Technologie und gehen dort auf die Digitaltechnologie.

Es sollte uns beim Hörfunk gelingen, was beim Fernsehen gelungen ist, und zwar auch deshalb, weil in dieser digitalen Entwicklung Möglichkeiten stecken, die wir

heute noch nicht einmal kennen – auch in der Verbindung zum Internet. Ich weiß aus Gesprächen mit Volkswagen, mit BMW und mit Mercedes, die alle im Verkehrsinformationbereich Entwicklung betreiben, dass sie auf ein politisches Signal warten, dass in Deutschland diese Digitaltechnologie gewollt ist. VW baut selbst in seinem kleinsten Angebot in Großbritannien selbstverständlich ein Digitalradio als Standard ein. VW tut es nicht in Deutschland, weil hier eine Hängepartie ist. In Deutschland ist die Diskussion und Wahrnehmung dadurch belastet, dass das alte DAB – ich spreche jetzt hier von DAB+ – lange Jahre dazwischen hing. Diejenigen, die DAB betrieben haben, sind immer gefragt worden, ob es sich denn durchsetzt. Darauf kann man nur sagen, wenn es nicht gewollt ist – das Signal muss und kann nur aus der Politik kommen –, dann setzt es sich auch nicht durch.

Das Problem liegt natürlich auf der Hand. In der Bundesrepublik gibt es etwa 300 Millionen Rundfunkgeräte. Im normalen Erneuerungsdurchsatz werden etwa 7 Millionen Geräte pro Jahr ausgewechselt. Würde man von jetzt an nur noch Geräte verkaufen, die neben UKW auch Digitalradio empfangen, dann würde es ziemlich lange dauern, nämlich ungefähr 50 Jahre, bis sich das Ganze erledigt hätte. Solange kann das nicht dauern. Es ist erforderlich, dass sich am Ende die Entscheider – das sind natürlich Sie – auch unter diesem industrie- und wirtschaftspolitischen Aspekt mit dem Phänomen Digitalradio befassen und dann zu einer grundlegenden Entscheidung kommen, die heißt, das ist die Technologie der Zukunft.

Man sollte natürlich auch immer Techniker fragen, aber nicht immer voll auf sie hören. Techniker sind die Erfinder der elektrischen Eisenbahn. Bei allem, was neu ist, sagt Ihnen ein Techniker, wunderbar, aber es gibt nochmal was anderes, das kann man auch so oder so machen. Wir müssen eine Entscheidung treffen. Diese Entscheidung kann nur lauten: DAB+ ist es, weil um uns herum in dieser Welt DAB die Norm geworden ist.

Es gibt drei Initiativen. Seit etwas mehr als einem Jahr sind sie vielleicht der wesentliche Teil meiner Anstrengungen geworden. Ich habe mich erstens mit der BBC, die dort führend ist, zusammengetan. Wir haben auf der Ebene der EBU, der European Broadcasting Union, in der alle europäischen und viele außereuropäische Rundfunkanstalten des öffentlichen Rechts zusammengeschlossen sind, erreicht, dass die EBU Digitalradio offiziell zu ihrer Radio Policy erklärt und dass wir gegenüber der Europäischen Kommission dafür eintreten, eine Empfehlung an die Mitgliedsländer zu geben, in alle Geräte einen Euro-Chip, wie wir ihn nennen, einzubauen, die zum Empfang von Rundfunk geeignet sind. Das sind die klassischen Radiogeräte, aber auch die iPhones. Diesen Chip kann man für vier Euro einbauen. Dies würde die Möglichkeit eröffnen, dass man mit allen Geräten, auch mit den mobilen, Digitalradio und UKW empfangen kann.

In einer zweiten Initiative haben wir Digitalradio Deutschland gegründet, eine Art Lobbygruppe. Ich habe die Ehre, der Vorsitzende zu sein. Dabei sind der Bayerische Rundfunk, der MDR, der SWR, MEDIA BROADCAST, der Verband privater Rundfunkbetreiber, die digitale Programme machen, dabei sind aber auch Gerä-

tehersteller und Handelsketten. Ich rechne damit, dass möglicherweise der ADAC beitrifft. Das geschieht, um auch zu zeigen und zu demonstrieren, das ist kein alleiniges Vergnügen von Radioprogrammveranstaltern, sondern es hat eine breite Basis, damit wir diese Zukunftsentscheidungen auch in Deutschland voranbringen.

Eine weitere Initiative ist eine Marketingabstimmung. Deutschlandradio, die ARD-Freunde und MEDIA BROADCAST und die Privaten betreiben Marketing. Wir haben uns darauf geeinigt, dass wir uns über das spezifische Marketing der Gattung Digitalradio verständigen und auf diesem Sektor unser Marketing koordinieren. Das hat bereits Wirkung gezeigt. Wie gesagt, dieses Digitalradio gibt es de facto erst seit August 2011 mit dem Start des Ausbaues eines bundesweiten Netzes, was nach den Ausbauplänen im September 2015 die komplette Flächenversorgung in der Bundesrepublik haben wird. Deutschlandradio gibt im Moment noch Gas beim Ausbau entlang der Autobahnachsen, weil es dort auch mit Blick auf die Autoindustrie am wichtigsten ist. Parallel dazu werden die regionalen Netze aufgebaut, nämlich die, über die die Programme der Landesrundfunkanstalten zusammen mit Privaten aus den einzelnen Sendegebietern übertragen werden.

Entscheidend ist für den Bürger, dass er dort neue Programme hören kann, die er sonst wegen der Frequenzbegrenzung nicht empfängt.

Lothar Hegemann (CDU) stimmt den Ausführungen von Herrn Dr. Steul weitgehend zu, betont aber, die Realität sehe in Nordrhein-Westfalen anders aus, als er, Hegemann, und Herr Dr. Steul sie gerne hätten. Der WDR gehe an DAB+, wie früher auch an DAB, „mit langen Zähnen“ heran. Der WDR beteilige sich an DAB+ nur, damit kein anderer dessen Platz einnehme. Im WDR setzten einige Kräfte eindeutig auf das Netradio, das es inzwischen in passabler Qualität gebe. DAB erreiche allerdings, weil es komprimierte Daten sende, kein CD-Niveau. Dennoch treffe zu, eine gute analoge Anlage könne von einer DAB-Anlage nicht unterschieden werden. Somit unterstütze er die Aussage von Dr. Steul, dass über DAB mehr angeboten werden müsse, als bisher über UKW empfangen werden könne. Für eine leichte Empfangsverbesserung schalte keiner um. Bedauerlicherweise habe der Digitalsender die Bundesligarechte nicht erhalten.

Es gebe die Möglichkeit ein programmbegleitendes und ein programmunabhängiges Angebot über DAB zu senden. In dieser Möglichkeit erblicke er eine große Chance, und zwar insbesondere für den Lokalfunk, Informationen etwa zur Parkhaussituation in einer Stadt anzubieten.

Die Kommerziellen beteiligten sich an dieser Entwicklung genauso wenig wie bei DVB-T, wobei sie sich erst engagiert hätten, als sie staatliches Geld erhalten hätten. Alle Entwicklungen, die Geld kosteten, machten die nicht mit.

Seine Hoffnung richte sich auf die EBU, sodass ein europaweiter Druck entstehe. Die Schweiz und Großbritannien seien bei dieser Entwicklung viel weiter als Deutschland, was er bedauere, da es sich bei DAB um eine deutsche Entwicklung vom Institut für Rundfunktechnik handele, die sich wie so viele andere Entwicklungen überall

durchsetze nur nicht in Deutschland. Ihn interessiere, ob DVB-S, das in den USA angewendet werde, eine Alternative für Deutschland sein könne.

Alexander Vogt (SPD) fragt, welches Ausmaß die UKW-Abdeckung der drei Sender des Deutschlandradios erreicht habe und welche Verbesserung es für Deutschlandradio bedeutete, wenn es zu einem Ausbau des Digitalradios komme. Zu der angesprochenen Willensbekundung durch die Politik müsse aber auch auf den bislang bezüglich Digitalradios nicht besonders gut funktionierenden Markt verwiesen werden. Vielleicht könne Dr. Steul noch etwas mehr zur Situation bei den mobilen Endgeräten ausführen. Schließlich erführe er gern, wie Digitalradio weiter gefördert und relevanter gemacht werden könne.

Daniel Schwerd (PIRATEN) stimmt Dr. Steul darin zu, dass über das Digitalradio die Chance bestehe, aus dem beim analogen Radio wegen der Frequenzbegrenzung bestehenden Engpass herauszukommen und so das Quasi-Monopol, weil nur wenige Sender zur Auswahl stünden, aufzubrechen. Das sei zu begrüßen. In dem Zusammenhang erscheine aber die internationale Kompatibilität wichtig, weil ein deutscher Alleingang keinen Sinn ergäbe. Insofern befürworte er auch, wenn man sich mit den Technikherstellern zusammenschließe, um eine Lösung zu finden und einen standardisierten Chip zu entwickeln, was zu einer erheblichen Verbilligung dieser Technologie führe. Die Forderung nach einem attraktiven DAB-Angebot bedeute, dass darüber mehr Sender zu empfangen sein müssten als über das normale UKW-Netz. Das heiße, nicht nur neue Sender, sondern auch bestehende, sodass nichts verlorengelasse, wenn die analoge Technik einmal ab- oder umgeschaltet werde. Deshalb müsse dafür gesorgt werden, dass DAB+ nicht ein Flop werde wie DAB. Aus diesem Grunde sei es zu begrüßen, dass diese Entwicklung nicht nur in Deutschland stattfinde.

Dankenswerterweise habe Dr. Steul das Thema Netzneutralität erwähnt. Für Internetradios und Internetstreaminganbieter bedeute die Telekomankündigung eine große Gefahr. Widersprechen müsse er aber der Aussage, dass es ein Kapazitätsproblem im Internet gebe. Studien zeigten, dass die Kapazität des Internets längst nicht ausgereizt sei. Das von der Telekom verwendete Argument erscheine ohnehin vorgeschoben und diene dazu, neue Geschäftsfelder zu erschließen. Schließlich werde keine Eins-zu-eins-Verbindung im Internet benötigt. Im Internet existierten Technologien, die das Streaming ähnlich wie beim Radio ermöglichten. Allerdings bestehe nach wie vor das Problem der Konnektivität, dass man unter Umständen zu einem Mobilfunknetz nicht die entsprechend stabile Verbindung erreiche, wie das auf DAB-Frequenzen möglich sei.

Vielleicht Dr. Steul möge noch einmal kurz darlegen, wie DAB+ angeschoben werden könne, damit sich nicht das DAB-Scheitern wiederhole.

Thomas Nückel (FDP) meint, Totgesagte lebten länger. UKW existiere schon sehr lange, weshalb er sehr „keck“ empfinde, das Internetradio bereits totzureden, bevor es habe durchstarten können. Vielleicht befürchte Dr. Steul, dass für DAB+ die Zeit

davonrenne. Nordrhein-Westfalen weise mit dem katholischen Domradio in Köln nur einen Digitalradiopionier auf. Der WDR verhalte sich zurückhaltend und mache DAB+ nur, um zu verhindern, dass andere das Feld besetzten. Zu der im Dossier enthaltenen Forderung die Lizenzierung von UKW-Frequenzen an die Beteiligung beim Digitalradio zu koppeln, interessiere ihn, ob das wirklich als so sinnvoll erachtet werde. In einer Stellungnahme zum Landesmediengesetz habe Dr. Steul wohl geäußert, die darin vorgesehene Fassung gewährleiste nicht mehr die flächendeckende Deutschlandradio-Versorgung in NRW. Vielleicht könne Dr. Steul dazu auch noch etwas ausführen.

Lukas Lamla (PIRATEN) widerspricht dem vorgebrachten Argument der größeren Sicherheit des Digitalfunks gegenüber der Übertragung über das Internet mit dem Hinweis, dass man auch von außen den Sendebetrieb einer analogen Station stören könne, indem man die IT-Systeme eines Senders lahmlege. Eine weitere Lebensader jeglicher Sendestation bestehe in der ebenso anfälligen Energieversorgung. Das gebrachte Hacker-Argument höre sich zwar gut an, aber bei einem Fachpublikum ernte man dafür ein müdes Lächeln, was er bezüglich des DAB+-Projektes bedauern würde.

Dr. Willi Steul (Intendant des Deutschlandradios) nimmt Stellung, natürlich könne man in die „digitalen Eingeweide“ des Deutschlandradios in einer Weise eindringen, dass es dann auch nicht mehr sicher sei. Allerdings habe man die Sendesysteme in einer Weise abgesichert, wie ihm seine Techniker versicherten, dass keine Verbindung nach außen über das Netz bestehe, sodass niemand von außen in diese Netze eindringen könne. Auf vertiefende Nachfragen müsste er aber die Antworten schuldig bleiben.

In Augsburg und einer anderen größeren bayerischen Stadt sei es möglich, über das digitale Netz ganz zeitnah Informationen des öffentlichen Personennahverkehrs und der Bundesbahn zu steuern. Solche Zusatzinformationen ließen sich über ein DAB+-Netz verbreiten und kämen beim Bürger gut an.

DVB-S gebe es in den USA und sei die Satellitendigitalverbreitung. Der Euro-Chip könne zu einem Preis von etwa vier Euro hergestellt werden und Ende dieses Jahres, Anfang nächsten Jahres in Serie gehen. Dieser Chip erlaube die digitale Rundfunkverbreitung inklusive UKW usw. in der gesamten Digitalfamilie.

Es treffe zu, dass der WDR sich diesem Projekt mit „langen Zähnen“ nähere. Er habe im letzten Januar kommerzielle Rundfunkveranstalter zu einem DAB-Treffen eingeladen, damit man gemeinsam vorankomme. Das habe auch zu Bewegung in der ARD geführt. Die Zusammenarbeit sei aufgrund der unterschiedlichen Interessenslagen nicht einfach. Gerade in großen Häusern – das gelte nicht nur für den WDR – verträten immer Leute auch eine andere Auffassung. Es dauere immer ein bisschen, alle in die Spur zu bringen. Dennoch komme die Entwicklung voran. In den alle sechs Wochen stattfindenden Sitzungen der ARD sei er Gast. Dort äußere er sich zwar nie zum Fernsehen, aber er „belästige“ seine Kollegen jedes Mal mit diesem Thema verbunden mit der Aufforderung, das Digitalradio anders zu betrachten.

Eine Wirkung sei bereits erzielt worden. Im letzten Quartal des vergangenen Jahres habe man mehr DAB+-Digitalradioempfänger verkauft als in den Jahren 2011 und 2012. Die Wahrnehmbarkeit steige. In der genannten Marketinginitiative seien sechs Personen beschäftigt, die in der Bundesrepublik ganz gezielt die Handelsketten und auch Geschäfte besuchten und denen Vorschläge für eine Verbesserung der Präsentation machten. Die signifikante Steigerung der Verkaufszahlen beruhe sicher auch auf dieser systematischeren Herangehensweise. Inwieweit die ARD-Freunde bei dieser Entwicklung mitgenommen werden könnten, werde sich noch zeigen.

In seinen Augen erscheine außerordentlich bedauerlich, dass 90elf beim Pokern um die digitalen Senderechte verloren habe. 90elf sei ein richtig innovativer Ansatz als Bundesligaradio gewesen. Die Ironie bestehe darin, dass offensichtlich der Käufer Sport1 gar nicht realisiert habe, mit diesen Rechten auch die digitale Rundfunkverbreitung erworben zu haben. Jetzt verfügten Leute, die keine Expertise in der Rundfunkverbreitung und keine Mannschaft, die das leisten könne wie 90elf, hätten, über das Verbreitungsrecht und könnten dies gar nicht richtig nutzen. Diesbezüglich liefen Gespräche. Ideal wäre es, wenn man sozusagen in einem Joint Venture mit 90elf zu einer Übereinkunft komme. Er hoffe sehr auf einen Erfolg der Gespräche, weil 90elf ein wunderbares neues Angebot dargestellt habe, wie es das vorher nicht gegeben habe.

Was die UKW-Abdeckung angehe, müsste er für das Deutschlandradio eine präzise Karte mit Angaben schicken. Bei 327 Frequenzen, die Deutschlandradio im Bundesgebiet bespiele, könne er das jetzt nicht genau sagen. In NRW halte er die Verbreitung im Münsterland im Grenzbereich zu Niedersachsen für unbefriedigend. Erst mit der früheren BFBS-Frequenz habe man mit Deutschlandradio-Kultur in den Ballungsgebieten eine verbesserte Verbreitung, was sich auch in der Media-Analyse ausdrücke. Insgesamt sei aber auch in NRW die Verbreitung der Sender des Deutschlandradios nicht befriedigend. Deutschlandradio-Kultur könne etwa in Bayern technisch nur von 30 % der Bevölkerung gehört werden. Er stehe voller Respekt vor seinen Kollegen, die journalistisch ausgezeichnete Arbeit leisteten. Das setze sich auch um. Vergleichen könne sich Deutschlandradio nur mit den sogenannten gehobenen Programmen, also den Kultur- und Informationsprogrammen. Diese würden täglich von etwa sechs Millionen Menschen gehört. Die Programme von Deutschlandradio hätten daran einen Anteil von 2,1 Millionen trotz einer suboptimalen Frequenzverbreitungssituation. Verbesserungen seien nicht über eine hinzukommende UKW-Verbreitung möglich, weil nur noch „Glühbirnenfrequenzen“ übrig seien. Das Einsammeln von immer weiteren Frequenzen werde grenzwertig, weil dafür immer mehr Geld aufgewendet werden müsse. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk befinde sich im Moment jedoch in einer Debatte über Kostenbegrenzung.

Eine Behinderung für Deutschlandradio – das gelte nicht für den WDR und andere Rundfunkhäuser – bestehe darin, dass Deutschlandradio nur Programme veranstalten dürfe, wenn dafür der explizite Auftrag der Rundfunkkommission der Länder vorliege. Für ihn müssten zu den Aufgaben des Deutschlandradios hinzukommen, im Internet und digital einen Kinderkanal zu verbreiten. Deutschlandradio mache noch täglich Kinderfunk. In Thüringen gebe es den Kinderkanal für das Fernsehen. Es liege auf der Hand, sich zusammenzutun, um dort ein Kinderradio zu machen. Das

könne nur bundesweit geleistet werden, was über DAB zu relativ geringen Kosten möglich wäre. Alle könnten ihre Archive „plündern“ und alles in einer Kooperation zusammenfassen. Deutschlandradio sei das nicht möglich, weil es dazu eines Auftrages bedürfe. In der jetzigen Zeit werde es kaum möglich sein, einen Auftrag für ein auch mit Kosten verbundenes neues Programm zu erhalten. Es empfehle sich, erst einmal die Debatte über die Veränderung des Gebührenmodells zu Ende zu führen, um dann weiterzusehen. Er sei der Meinung, man täte gut daran, den aus der Öffentlichkeit kommenden Druck – aus den Zeitungen und aus der Medienpolitik – positiv aufzunehmen. Für die Menschen stelle das kein großes Thema dar. Wer Abgaben erhalte, der müsse seiner Meinung nach auch sehr sauber legitimieren und darstellen, warum er das mache, was er tue. Insofern sei er nicht traurig über diesen Druck.

Daniel Schwerd (PIRATEN) erkundigt sich danach, wie viel DAB+-Geräte sich im Einsatz befänden, wie viele verkauft würden, wie viele Menschen Deutschlandradio über DAB+ im Vergleich zu UKW und Internet erreiche und ob dieser Anteil steige.

Dr. Willi Steul (Intendant des Deutschlandradios) antwortet, wahrscheinlich im Juni/Juli werde die Zahl von einer Million verkaufter Geräte in der Jahresspanne erreicht. Das genüge ihm eigentlich als Aussage nicht, aber über bessere Zahlen verfüge man nicht. Die GfK-Erfassung enthalte nicht die über das Internet verkauften Geräte. Der Handel klage bekanntlich darüber, dass der Verkauf über das Internet dessen Geschäftsvolumen reduziere. Vermutlich 40 % des Marktes würden bei den vorliegenden Verkaufszahlen gar nicht erfasst sein. Er werde dem Ausschuss eine differenzierte Erfassung zuschicken. Nach einer ersten Auskunft liege die Entwicklungskurve in Deutschland aber erfreulicherweise über der von Ländern wie Großbritannien und der Schweiz, also von Ländern, die in der Entwicklung weit vor Deutschland lägen.

Vorsitzender Karl Schultheis dankt Herrn Dr. Steul für dessen Informationen.

3 GEMA-Tarife müssen bezahlbar bleiben

Antrag der
Fraktion der CDU
Drucksache 16/1275

Entschließungsantrag der
Fraktion der SPD und der
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/1561

Ausschussprotokoll 16/153 (Expertengespräch)
Stellungnahme 16/676

Vorsitzender Karl Schultheis informiert, die kommunalen Spitzenverbände wollten jetzt wegen der anstehenden Verhandlungen nicht hierzu angehört werden.

Prof. Dr. Thomas Sternberg (CDU) verweist darauf, bekanntlich werde über die Tarife neu verhandelt, was möglicherweise auch darauf zurückgehe, dass sich dieser Landtag mit dieser Thematik befasst habe. Im Moment könne kein Beschluss gefasst werden, weil die Ergebnisse der Gespräche abgewartet werden müssten, weshalb heute dieser Punkt nicht weiter beraten werden solle. – **Alexander Vogt (SPD)** erklärt, seine Fraktion schließe sich dem Vorschlag an. Das gleiche Vorgehen gelte für den Entschließungsantrag.

Der Ausschuss kommt überein, die beiden Anträge Drucksache 16/1275 und 16/1561 heute nicht zu behandeln und diese bei Bedarf wieder aufzurufen.

4 Gesetz zur Änderung des Gesetzes zum Schutz und zur Pflege der Denkmäler im Lande Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf der
Fraktion der SPD und der
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/2279

Prof. Dr. Thomas Sternberg (CDU) regt an, gemeinsam mit dem federführenden Ausschuss für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr, die von diesem geplante Anhörung durchzuführen, um die besondere Bedeutung des Denkmalschutzgesetzes für den Kulturbereich zu unterstreichen. – **Andreas Bialas (SPD)** schließt sich diesem Vorschlag an.

Daniel Schwerd (PIRATEN) erklärt, natürlich begrüßen die Piraten, an einer Anhörung zu einem Thema teilzunehmen, die diesen Ausschuss originär betreffe. Dem werde zugestimmt. Die Piraten würden sich freuen, wenn das zukünftig bei solchen Themen stets in dieser Weise gehandhabt werden könnte.

Ingola Schmitz (FDP) schließt sich dem Verfahrensvorschlag ebenfalls an.

Der Ausschuss beschließt einstimmig, sich pflichtig an der vom federführenden Ausschuss für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr für den 6. Juni 2013 geplanten Anhörung zu beteiligen.

Vorsitzender Karl Schultheis weist darauf hin, der federführende Ausschuss beabsichtige, seine abschließende Beratung am 27. Juni durchzuführen. Deshalb bedürfte es noch einer weiteren Sitzung, wofür sich als Termin einer der Plenartage anböte. Der genaue Termin müsse noch abgeklärt werden.

5 Eckpunkte des Kulturförderungsgesetzes

Vorlage 16/808

Vorsitzender Karl Schultheis weist darauf hin, das in der letzten Sitzung gewünschte Rechtsgutachten von Herrn Prof. Hellermann mit dem Titel „Verfassungs- und kommunal(haushalts)rechtliche Grundlagen der Kulturförderung und Kulturtätigkeit der Kommunen in Nordrhein-Westfalen“ sei als Vorlage 16/836 verteilt worden.

Der Ausschuss verständigt sich auf Vorschlag des Vorsitzenden wegen der fortgeschrittenen Zeit darauf, diesen Tagesordnungspunkt in einer der nächsten Sitzungen zu behandeln.

6 Neue Philharmonie Westfalen

Vorsitzender Karl Schultheis merkt an, die CDU-Fraktion habe um einen Bericht gebeten.

Ministerin Ute Schäfer (MFKJKS) berichtet:

Die Neue Philharmonie Westfalen ist unser größtes Landesorchester, eines von dreien. Entstanden ist es aus der Fusion des Städtischen Orchesters Gelsenkirchen und des Westfälischen Landesorchesters. Seit 1996 bespielt die Neue Philharmonie Westfalen sowohl die Opernaufführungen des Musiktheaters im Revier als auch die Sinfoniekonzerte in den Trägerkommunen und -kreisen.

Ich will besonders hervorheben, dass sie auch auf dem freien Markt sehr erfolgreich ist. Die Neue Philharmonie Westfalen ist ein attraktiver und gefragter Konzertpartner. Sie hat rund 40 Gastspiele in der vergangenen Saison durchgeführt. Das ist eine bemerkenswert positive Entwicklung.

Im vergangenen Jahr hat der Vorstand des Trägervereins ein Gutachten in Auftrag gegeben, das die Einsparmöglichkeiten bei einer veränderten Managementstruktur der Neuen Philharmonie untersuchen sollte. Das Ergebnis dieses Gutachtens, das unter anderem die Aufgabe einer selbstständigen Intendanz des Landesorchesters vorsah, wurde bei uns im Haus erörtert. Da die Chancen einer solchen Umstrukturierung auch mit Risiken behaftet waren, habe ich dem Vorstand mitgeteilt, dass ich eine Optimierung innerhalb der insgesamt erfolgreichen Konstruktion bevorzugen würde. Das wurde vom Vorstand mitgetragen, weil ja durchaus nachvollziehbar ist, dass es zu gelegentlichen dispositiven Engpässen kommt, wenn man gleichzeitig das Bespielen eines Opernhauses und auch das Bestreiten eines Konzertbetriebes leisten muss.

Dessen ungeachtet laufen die Verträge des Generalmusikdirektors Heiko Förster und des Orchesterintendanten, Herrn Popp, zum Ende der Spielzeit 2013/2014 aus. Nach Vorstandsbeschluss wird der Vertrag von Herrn Förster nicht verlängert. Herr Popp liegt ein Angebot für einen Anschlussvertrag für zwei weitere Jahre vor.

Weiter sieht der Vorstand die Berufung des derzeitigen Gelsenkirchener Chefdirigenten Rasmus Baumann zum Generalmusikdirektor des Orchesters vor. Genau diese Absicht hat vor Ort offenbar für Unruhe gesorgt. Das Orchester selbst reklamiert eine stärkere Beteiligung am Neubesetzungsprozess. Ich glaube, Ihnen liegt auch eine Resolution vor, die ich vor Beginn der Sitzung bekommen habe, in der auch noch einmal auf den TVK hingewiesen wird, wer wie bei der Neubesetzung zu beteiligen ist.

Grundsätzlich möchte ich für das Land Nordrhein-Westfalen noch einmal feststellen, dass wir uns eigentlich nicht in die Personalpolitik von Trägern einmischen können und dürfen. Wir sind nicht in der Trägerschaft des Orchesters.

Da wir aber dieses Orchester mit fast 2,4 Millionen € erheblich fördern, achten wir sehr darauf, dass die Aufgaben, die das Orchester als Landesorchester hat, auch dauerhaft ausgeführt werden können. Ich kann nur so viel sagen, dass wir im Dialog mit dem Vorstand sind. Wir werden dem Ausschuss darüber gern weiter berichten.

Prof. Dr. Thomas Sternberg (CDU) betont, es gehe nicht um eine höhere Bezuschussung irgendeines kommunalen Orchesters, sondern es drehe sich um eines der drei Landesorchester. Somit sei man als Kulturausschuss unmittelbar an diesem Vorgang beteiligt. Somit sei dieses Thema in diesem Ausschuss zu erörtern.

Ihn erstaune, dass gerade nach dem 1. Mai über etwas verhandelt werden müsse, was eigentlich zu einer Selbstverständlichkeit bei Besetzungen gehöre, nämlich die Betroffenen anzuhören. Es gebe ein offenes Bewerbungsverfahren. Aus der Presse habe man gewisse Ungereimtheiten entnehmen können. So seien das Orchester und der geschäftsführende Intendant nicht beteiligt worden. Dem geschäftsführenden Intendant lege man einen Änderungsvertrag vor, den dieser zu unterzeichnen habe. Wenn der vorgesehene Intendant schon vor zwei Jahren in der Zeitung geäußert habe, dass er diese Stelle einnehmen werde, erscheine die Lage sehr schwierig. Er bitte die Ministerin, die gerade gemachte Zusage einer weiteren Berichterstattung einzuhalten.

Ministerin Ute Schäfer (MFKJKS) stellt klar, sie habe nicht geäußert, dass es um mehr Geld gehe. Vielmehr seien die Verfahrensweisen angesprochen. Die vom Gutachten vorgeschlagene Konsequenz werde nicht für richtig gehalten. Das Ministerium sage, die erforderlichen Optimierungen müssten innerhalb der bestehenden Konstruktion erfolgen. Der Staatssekretär habe Gespräche mit dem Vorstand aufgenommen. Entscheidend sei jedoch, dass das Land sich nicht in der Trägerschaft befinde. Vielmehr sei das Land Förderer. Natürlich werde erwartet, dass das Land beteiligt werde. Sie hoffe auf die Fortsetzung der gemeinsamen Gespräche.

Lothar Hegemann (CDU) meint, es gelte der Spruch, wer zahle, schaffe an. Ohne Landeszuschuss gäbe es dieses Orchester nicht mehr. Seine Fraktion wünsche nicht, dass die Ministerin unmittelbar in die Bestellung eines Generalmusikdirektors eingreife, sondern es solle vom Geldgeber auf die Einhaltung gängiger Spielregeln geachtet werden. Wenn die ihm gegenüber gefallene Äußerung gelte, der Oberbürgermeister von Gelsenkirchen bestimme, wer das Amt erhalte, entspreche das nicht demokratischen Spielregeln, unabhängig davon, ob der ausgesuchte Mann gut oder schlecht sei. Auf diese Weise jedenfalls könne keine Auswahl getroffen werden.

Vorsitzender Karl Schultheis kündigt an, diesen Punkt für die nächsten Sitzungen als weiteren Berichtspunkt vorzusehen, sofern es neue Informationen gebe.

7 Konsultation zur Änderung des Landesmediengesetzes

Vorlagen 16/763 und 16/840

Vorsitzender Karl Schultheis weist darauf hin, dass der Arbeitsentwurf für eine Novellierung des Landesmediengesetzes als Vorlage 16/763 unterbreitet worden sei. Dazu sei eine Online-Konsultation vom 25. März bis 19. April 2013 durchgeführt worden. Der schriftliche Bericht des Ministeriums für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien sei als Vorlage 16/840 verteilt worden.

Staatssekretär Dr. Marc Jan Eumann (MBEM) führt ergänzend aus:

Die Landesregierung freut sich sehr über die große Beteiligung an diesem Konsultationsprozess. Diese Beteiligung wie auch andere Stellungnahmen zeigen, dass es uns gelungen ist, einen spannenden, in Teilen kontroversen, aber insgesamt auf der Höhe der Zeit liegenden Gesetzentwurf als Arbeitsentwurf vorzulegen.

In der Stellungnahme des VPRT wird in der Zusammenfassung formuliert: Insgesamt ist der vorgelegte Entwurf zum LMG NRW als mutig und fortschrittlich zu beurteilen, da er mit beginnenden Ansätzen den Weg zu einer konvergenten Medienordnung auf Landesebene einschlägt.

Da auch andere zu ähnlichen Einschätzungen kommen, glauben wir, dass wir insgesamt auf einem richtigen Weg sind.

Ich möchte die Gelegenheit nutzen, auch weil das Thema Lokalfunk und die Bürgermedien eine große Rolle gespielt haben und spielen werden, die Vertreter der ehrenamtlichen Veranstaltergemeinschaften aus dem Ostwestfälischen hier im Ausschuss stellvertretend willkommen zu heißen. Die Veranstaltergemeinschaften spielen bei der Vielfaltssicherung im lokalen Raum eine entscheidende Rolle. Ich freue mich über ihr großes ehrenamtliches Engagement in diesem Bereich.

Weil wir so viele Anregungen haben und auch sehr spannende Ideen eingebracht worden sind, werden wir uns bei der Auswertung Zeit nehmen. Denn wir nehmen das, was uns erreicht, ernst. Ich hoffe sehr, dass wir im Verlauf des Sommers, der bekanntlich erst im September endet, Ihnen einen Vorschlag machen werden. Falls das nicht der Fall sein sollte und wir uns noch etwas mehr Zeit nehmen, dann liegt das daran, dass wir gerne mit allen Akteuren über die Vorschläge diskutieren wollen. Es stehen noch weitere Gespräche mit der Landesanstalt für Medien und mit anderen Beteiligten aus. Wir wollen uns die Zeit dafür nehmen, um zusammen mit allen Akteuren zu einer guten gesetzlichen Regelung für Nordrhein-Westfalen zu kommen.

Daniel Schwerd (PIRATEN) vertritt die Ansicht, die vorgegebene Vier-Wochen-Frist sei nicht sehr lang gewesen. Für eine breitere Bürgerbeteiligung müsse mehr Zeit vorgesehen werden. Ihn interessiere, wie die Information über diese Online-Konsultation verbreitet worden sei. Die angegebene Besucherzahl von etwa 2.600 erscheine ihm gering angesichts der hohen Zahl an Kommentaren und Bewertungen.

Bezüglich der 912 Bewertungen bzw. 591 Kommentaren erfähre er gern, von wie viel verschiedenen Personen diese stammten.

Thorsten Schick (CDU) vermutet, die niedrige Beteiligungszahl gehe vielleicht auf die sehr ungünstige Terminierung in der Osterferienzeit zurück. Die positive Reaktion des VPRT könne an § 33 liegen, der das Thema Beteiligung anspreche und nur eine semantische Änderung enthalte. Herr Keymes und Herr Eumann hätten bei der Novellierung durch Schwarz-Gelb formuliert, der § 33 stelle ein bürokratisches Monster dar. In der Praxis habe sich dieser Paragraph aber bewährt, da dieser nun eine Fortschreibung erfahre. Somit habe Schwarz-Gelb damals nicht schlecht gearbeitet. Bislang drehe es sich um einen Arbeitsentwurf, und es warte auf die Landesregierung noch jede Menge Arbeit. Neben positiven Stellungnahmen gebe es auch sehr kritische Äußerungen. Die CDU-Fraktion habe schon frühzeitig damit gerechnet, dass es mehr Zeit in Anspruch nehmen werde, um aus dem Arbeitsentwurf einen guten Referentenentwurf zu machen.

Thomas Nüchel (FDP) merkt an, für ihn hätten sich überraschend wenige Personen an der Online-Konsultation beteiligt. Vielleicht könne die Landesregierung wegen der von einigen geäußerten Kritik, die Stellungnahmen stammten immer aus der gleichen Ecke, noch Angaben darüber machen, aus welchen Lagern die Bewertungen gekommen seien. Möglicherweise beruhe die schwache Beteiligung auch darauf, dass über die Hälfte der Tage in der Osterpause gelegen habe. Zudem sei auf die Online-Konsultation nicht offensiv hingewiesen worden. Nach seinem Eindruck hätten die Pressestellen der Piraten und der FDP noch am meisten Werbung dafür gemacht. Schwerwiegend wirkten die Stellungnahmen außerhalb dieses Online-Verfahrens. Das gelte besonders für die Stellungnahme des Westdeutschen Rundfunks, die eine deutliche Kritik am Arbeitsentwurf enthalte. Für ihn werde somit das Füllhorn zur Erfüllung politischer Versprechen, das im LMG-Arbeitsentwurf untergebracht worden sei und das über Rundfunkgebühren bezahlt werden solle, von fachkundiger Seite heftig kritisiert.

Alexander Vogt (SPD) bezeichnet die von Herrn Nüchel und Herrn Schick geäußerte Kritik am Verfahren als seltsam und führt an, zu einem bislang nicht üblichen frühen Zeitpunkt sei ein Arbeitsentwurf veröffentlicht und offen diskutiert worden. Die 591 Kommentare erachte er als eine recht große Zahl. Hinzu kämen noch die schriftlich zugegangenen Stellungnahmen. Die Landesregierung habe diesen Arbeitsentwurf so früh veröffentlicht, um möglichst viele Meinungen und Ideen einbeziehen zu können. Bezüglich der Kritik am Zeitpunkt der Online-Konsultation empfehle er, sich einmal den Prozess des Gesetzgebungsverfahrens im Jahr 2009 anzusehen. Seinerzeit habe ein CDU-Minister eine LMG-Novelle eingebracht. Damals habe eine Online-Konsultation in der Zeit vom 7. bis 30. April 2009 stattgefunden. Die Osterferien hätten vom 6. April bis zum 18. April gedauert. Auch damals habe die Konsultationszeit zwei Ferienwochen enthalten. 2009 seien weniger als 40 Stellungnahmen eingegangen.

Oliver Keymis (GRÜNE) schließt sich den Ausführungen seines Vorredners an und ergänzt, die jetzige Konsultation unterscheide sich auch bezüglich des technischen Anspruchs von der im Jahre 2009. Außerdem müsse deutlich betont werden, dass es sich um einen Arbeitsentwurf handele. Formell liege dem Parlament noch nichts vor. Jetzt sei es noch nicht an der Zeit, als Parlamentarier Stellung zu nehmen. Die Abgeordneten seien gefragt, wenn der Referentenentwurf vorgelegt werde. Das gelte auch hinsichtlich § 33, der möglicherweise durchaus noch kritisiert werden könne. Man werde sich ansehen, was vorgelegt werde und was vorgeschlagen worden sei. Es könne durchaus sein, dass die Abgeordneten etwa zu Bürgermedien und zur Finanzierung von Bürgerfunk usw. andere Auffassungen verträten als das Ministerium. Gerade zu diesen Themen enthalte der Arbeitsentwurf nicht viel. Somit liege zur Novellierung des Landesmediengesetzes noch viel Arbeit vor dem Parlament. Die Aufgabe des Parlaments bestehe darin, sich mit den von der Landesregierung vorgelegten Entwürfen zu beschäftigen.

Was § 33 angehe, erschienen auch andere Interpretationen möglich. Es könnte auch sein, dass sich der darin enthaltene Durchführungsvorschlag als Rohrkrepiierer erwiesen habe, weil de facto niemand viel aus den damals angebotenen Möglichkeiten gemacht habe, sodass gefolgert werden könne, weil diese Regelung niemandem wehgetan habe, könne man sie auch stehen lassen.

Für ihn sei die Konsultation erfolgreich gewesen – dieses Thema Landesmediengesetz beschäftige doch wirklich nur ein Heer von Spezialistinnen und Spezialisten und sei nicht etwas, was die Masse der Menschen anspreche –, weil sich doch eine Menge Leute gemeldet habe, zum Teil auch mit sehr eindrucksvollen und sehr klaren Statements. Dabei habe ein starkes Schwergewicht bei den Bürgermedien gelegen. Das sei auch der Sinn einer Konsultation mit der Öffentlichkeit, die dann mit dem antworte, was sie beschäftige. Ihn habe das Ergebnis der Konsultation und auch deren Organisation beeindruckt. Das Versprechen der Landesregierung laute, dem Parlament eine Zusammenstellung der Ergebnisse vorzulegen. Auf diese warte er gespannt. Danach werde man sich in die politische Auseinandersetzung begeben. Ihm komme es dabei nicht auf einige Wochen an, weil es eine solide Novelle geben müsse, damit sie in die Zukunft führe.

Prof. Dr. Thomas Sternberg (CDU) betont, zwar könne er den beschönigenden Bemerkungen zum Verfahren von Herrn Keymes nicht folgen, aber recht gebe er diesem darin, dass ein Übungspapier vorliege, weil dann verstanden werden könne, dass dieses so viele Fehler enthalte. Seine Fraktion warte ab, bis der richtige Gesetzentwurf vorliege, über den man dann diskutieren werde.

Staatssekretär Dr. Marc Jan Eumann (MBEM) antwortet, Prof. Sternberg werde nicht den Menschen gerecht, die ihre Anregungen zu diesem Arbeitsentwurf eingebracht hätten. Er halte es für ein richtiges Vorgehen, viele Bürgerinnen und Bürger an dem Prozess bis zur Vorlage eines Gesetzentwurfes zu beteiligen.

Üblicherweise erhalte das Ministerium bei Novellierungen eines Landesmediengesetzes zwischen 20 und 40 Stellungnahmen. Über diesen gewählten anderen Weg

habe man diese Zahl erhöht. Vorgelegt habe das Ministerium einen Arbeitsentwurf. Neben der Konsultation hätten auch schon andere Personen und Einrichtungen Stellungnahmen abgegeben. Jetzt würden all diese Meinungsäußerungen in einen Referentenentwurf destilliert, der durch das Kabinett gehe und dann den Landtag erreiche. Es gelte, dass kein Gesetzentwurf das Parlament als Gesetz verlasse, wie er hineingegangen sei.

Bewusst habe das Ministerium bei der Online-Konsultation Anonymität zugelassen. Klar sei, dass es unter den 791 Kommentaren etliche Mehrfachkommentierungen gebe. Die entsprechenden Zahlen könnten nachgereicht werden. Bei den 2.600 Besucherinnen und Besuchern drehe es sich um 2.600 IP-Adressen. Natürlich liege die Zahl viel niedriger als beim Medienpass, bei dem über 50.000 Besucher verzeichnet worden seien.

Zu dem Zeitpunkt der Online-Konsultation könne er nur sagen, dass es in der Woche nach Ostern eine rege Beteiligung gegeben habe. Auf die Online-Konsultation sei über Pressemitteilungen aufmerksam gemacht worden. Sowohl er als auch Ministerin Schwall-Düren hätten unter anderem bei allen Äußerungen zu dieser Gesetzesnovellierung auf die Online-Konsultation hingewiesen. Außerdem habe die Homepage der Ministerin einen entsprechenden Hinweis enthalten. Anregungen, wie solche Konsultationsprozesse noch breiter angelegt werden könnten, würden gern entgegengenommen.

In der Tat drehe es sich um einen Arbeitsentwurf. Bezüglich § 33 habe schon die schwarz-gelbe Mehrheit erheblich nachbessern müssen. § 33e sei nicht in der ursprünglichen Fassung verabschiedet worden. Zum Ursprungsentwurf habe es aus den Oppositionsfraktionen andere Einschätzungen gegeben. Die materielle Diskussion könne nach Zuleitung des Gesetzentwurfes geführt werden. Die Landesregierung werde dem Parlament einen Gesetzentwurf zuleiten, der selbstverständlich alle verfassungsrechtlichen Fragen berücksichtigen werde, wie er das auch in der Diskussion in der Landesmedienkommission deutlich gemacht habe. Die stellvertretende Intendantin des WDR, Frau Michel, äußere interessante Hinweise und zitiere aus einschlägigen Karlsruher Entscheidungen. Sie komme aber zu dem Schluss, wenn es hinreichend konkret gemacht werde, sei es selbstverständlich verfassungskonform auszugestalten. Dieser Empfehlung von Frau Michel werde man selbstverständlich folgen.

Zu den UKW-Frequenzen und der Balance zwischen den Öffentlich-Rechtlichen und den Lokalradios in Nordrhein-Westfalen freue er sich auf die Auseinandersetzung darüber, wie diese Balance im UKW-Spektrum aussehen solle. Der im Arbeitsentwurf gemachte Vorschlag besage, vor dem Hintergrund der Veränderungen bei den Geschäftsmodellen gerade in den Verlagshäusern beim Lokalfunk glaube man, dass es diskussionswürdig sei, wer zukünftig frei werdende UKW-Frequenzen in Nordrhein-Westfalen bekomme. Da könne man wie der WDR und der Deutschlandfunk mit dem Verfassungsrecht argumentieren – das sei ein ganz entscheidender Hinweis –, aber es sei auch möglich darüber zu diskutieren, ob es nicht wie in den vergangenen 20 Jahren gelinge, weiter im NRW-Hörfunkmarkt einen Sonderweg zu gehen, der einerseits Vielfalt sichere und andererseits die besonderen Bedingungen des Lokalfunks

berücksichtige, was die Qualität, Vielfalt und die Beschäftigungsverhältnisse von sozialversicherungspflichtigen Redakteurinnen und Redakteure anbelange. Es lohne sich, darüber auch mit dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk zu streiten, ob es nicht im Jahr 2013 an der Zeit sei, über diese Balance nachzudenken.

8 Novellierung des Rundfunkstaatsvertrages

Vorlage 16/840

Vorsitzender Karl Schultheis verweist darauf, zu dem von der CDU-Fraktion beantragten Tagesordnungspunkt liege ebenfalls in Vorlage 16/840 ein schriftlicher Bericht vor.

Prof. Dr. Thomas Sternberg (CDU) betont, eine Novellierung des Rundfunkstaatsvertrages sei anerkanntermaßen überfällig. Dringender Handlungsbedarf bestehe bezüglich der sich aus dem Internet ergebenden Probleme und der zunehmenden Verschränkung zwischen Internet und Fernsehen. Das Brüsseler Grünbuch zum Connected TV enthalte dazu einige Aussagen. Ihn interessiere, wie weit die Verhandlungen unter den Ländern hinsichtlich einer Novellierung des Rundfunkstaatsvertrages bezüglich der genannten Punkte gediehen seien.

Staatssekretär Dr. Marc Jan Eumann (MBEM) antwortet, der Rundfunkstaatsvertrag werde regelmäßig novelliert. Gerade erst sei eine Novellierung abgeschlossen worden. Der nächste Rundfunkstaatsvertrag stehe vor der Tür. Nordrhein-Westfalen setze sich übrigens dafür ein, dass die Rundfunkstaatsverträge künftig Medienstaatsverträge hießen, um der Konvergenz Rechnung zu tragen. Ob sich der 16. Rundfunkänderungsstaatsvertrages schon mit den medienkonzentrationsrechtlichen Fragen beschäftigen werde, sei nicht klar, weil verabredet worden sei, dass die Auswirkungen des 15. Rundfunkänderungsstaatsvertrages mit der darin enthaltenen Umstellung auf Rundfunkbeiträge evaluiert werden sollten. Die Verabredung umfasse, dass der KEF-Bericht, der im ersten Quartal 2014 vorgelegt werden dürfte, genutzt werden solle, um für den 1. Januar 2015 möglicherweise zu einer Novellierung des Beitragsstaatsvertrages zu kommen.

Was die Medienkonzentration angehe, gebe es unter den Ländern sehr unterschiedliche Ansätze. Nordrhein-Westfalen habe ein großes Interesse daran, schnell zu einer neuen Regelung zu gelangen, um auch die von Herrn Sternberg genannten Themen aufzugreifen. Der Arbeitsentwurf zum Landesmediengesetz enthalte einen Weg mit der Anreizregulierung, die das Ministerium auch gern im Rundfunkstaatsvertrag implementiert sähe, um insbesondere kommerziellen Veranstaltern zu ermöglichen, durch bestimmte Incentives weiter für die Produktion hochwertiger Inhalte zur Verfügung zu stehen. Erstmals solle in einem Landesmediengesetz die Anreizregulierung aufgegriffen werden. Diese würde man auch gern beim Staatsvertrag durchsetzen. Darüber bestehe im Länderkreis aber noch keine Verständigung. Dieser Staatsvertrag werde das Parlament aber nicht vor dem Jahr 2015 erreichen. Er sage gern zu, wann immer der Ausschuss dies wünsche, über den Stand – auch aus der Rundfunkkommission der Länder, deren nächste Sitzung Mitte Juni stattfinde – zu informieren und darüber zu diskutieren.

Vorsitzender Karl Schultheis regt an, die Obleute sollten überlegen, ob Punkte, über die immer wieder berichtet werde, als regelmäßige Berichtspunkte in die Tagesordnung eingebaut würden, um richtige Zeitpunkte nicht zu verpassen.

9 Verschiedenes

Vorsitzender Karl Schultheis weist darauf hin, die nächste Internationale Funkausstellung finde vom 6. bis 11. September 2013 statt. Es sollte darüber nachgedacht werden, ob der Ausschuss die Internationalen Funkausstellung im Rahmen einer Informationsreise besuchen wolle.

gez. Karl Schultheis

Vorsitzender

29.05.2013/25.06.2013

160